



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Jahr 2013 unter das Motto „Perspektiven der Jugend“ gestellt. Hier geht es uns einerseits um ihre Sichtweisen, also darum, mehr über die Einstellung von jungen Menschen zu erfahren und uns mit ihnen auszutauschen. Andererseits geht es um die *Perspektiven* der Jugend, also um ihre künftigen Möglichkeiten und die politischen Rahmenbedingungen, die nötig sind, um sie zu realisieren. Es geht um nachhaltige Politik, politische Beteiligung und die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme. Mit Blick auf den europäischen Süden und insbesondere den Arbeitsmarkt sind diese Aussichten der Jugend alles andere als erfreulich.

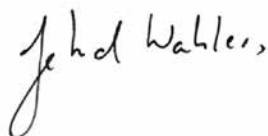
Besonders in den südlichen, in erheblichem Maß von der Verschuldungskrise betroffenen Mitgliedsländern der Eurozone – Spanien, Portugal, Italien und Griechenland – ist die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch. In Spanien liegt sie bei fast 55 Prozent, in Griechenland sind 64 Prozent der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos. Viele Betroffene sind sehr gut ausgebildet und möchten ihr Wissen und ihre erlangten Fähigkeiten anwenden. Dass dies in ihren Heimatländern oft nicht möglich ist, hat auch strukturelle Gründe. Diese liegen in defizitären Ausbildungssystemen und nicht zuletzt im überregulierten Arbeitsmarkt. Die aktuelle Gesetzeslage schützt in der Regel die Arbeitsplatzbesitzer, unabhängig von ihrer Qualifikation und, wie im Fall des öffentlichen Dienstes in Griechenland, auch unabhängig von der Notwendigkeit, diesen Arbeitsplatz zu erhalten. Eine Dynamik, die zu mehr Wirtschaftswachstum, einer Entlastung der Sozialsysteme und Einsparungen im öffentlichen Sektor führt, wird nicht zuletzt von den Gewerkschaften verhindert. In der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Verwaltung waren und sind es junge Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen, die als erste ihre Arbeitsstelle verlieren.

Immer mehr gut ausgebildete, junge Südeuropäer sehen keine Perspektive mehr im eigenen Land. Sie zieht es ins europäische Ausland und besonders nach Deutschland. Im vergangenen Jahr haben die Zuzüge von Südeuropäern in die Bundesrepublik sprunghaft zugenommen: Aus Spanien wird ein Plus von 45 Prozent verzeichnet, gefolgt von Griechenland und Portugal mit je 43 Prozent und Italien mit 40 Prozent. Insgesamt kamen fast 120.000 Zuwanderer aus diesen vier Ländern. Dass junge, gut ausgebildete Menschen aus Südeuropa eine Zeitlang hier arbeiten, hilft allen Seiten: Sie entlasten den angespannten Arbeitsmarkt in ihrer Heimat, sie können Bedarfslücken in Deutschland schließen, ihre Unterstützungszahlungen an die Familie können dazu beitragen, die Binnenkonjunktur anzukurbeln, und schließlich bedeutet eine befristete Tätigkeit in Deutschland, dass sie sich weiterqualifizieren und Erfahrungen in der Praxis sammeln. Gerade in technischen Berufen stellt eine lange Arbeitslosigkeit ein Risiko dar, den Anschluss zu verlieren. Nicht zuletzt entgehen die jungen Menschen mit ihrer Suche nach einem Arbeitsplatz im wirtschaftlich erfolgreicherem Ausland auch einer psychologischen Falle, nämlich dem Gefühl, schon in jungen Jahren nicht mehr gebraucht zu werden.

Es verwundert nicht, dass sich die Unzufriedenheit der südeuropäischen Jugend im Wahlverhalten widerspiegelt. Bei den Wahlen 2012 haben die jungen Griechen in größerem Umfang populistisch oder extremistisch gewählt als die Gesamtbevölkerung und damit die politischen Ränder gestützt, denen an Reformen und konsequenter Sparpolitik nicht gelegen ist. 34 Prozent der Griechen unter 24 Jahren haben radikale Parteien gewählt: Die faschistische Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgendämmerung) und das links-radikale Bündnis Syriza.

Im Dezember 2012 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Büro in Athen eröffnet. Unser Engagement in Griechenland hat besonders die Jugend im Blick: Vor Ort fördern wir das Jungunternehmertum und Start Ups, um Geschäftsideen von Berufseinsteigern und Studenten für einen mittel- bis langfristigen Erfolg auf eine solidere Basis zu stellen. Weitere Ziele sind, die Reformanstrengungen zu unterstützen, den Austausch zwischen Griechenland und Deutschland zu fördern und zivilgesellschaftliche Kräfte in ihrem Bemühen

um stabile demokratische Verhältnisse zu fördern. Der Eindruck, dass die bestehende Politik und Wirtschaftsordnung es nicht vermögen, der Jugend Perspektiven zu geben, wird sich verfestigen, wenn die Reformanstrengungen in Griechenland, aber auch in den anderen südeuropäischen Euro-Ländern, nicht zum Erfolg führen. Dies hätte langfristige, schwerwiegende Folgen: einen Vertrauensverlust in die Demokratie, in ihre Werte und Institutionen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, stylized initial "G".

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de